

Operation Artemis

Autor(en): **Tanner, Fred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Operation Artemis

Richtungsmodell zukünftiger EU-Friedenseinsätze?

Mit der Operation Artemis hat die EU bewiesen, dass sie im Rahmen ihrer Krisenbewältigungspolitik militärische Einsätze ausserhalb Europas erfolgreich auch ohne Unterstützung der NATO durchführen kann. Dennoch kann diese Mission nicht als Modellfall für zukünftige EU-Einsätze gewertet werden.

Fred Tanner

Seit die Europäische Union (EU) Anfang 2003 ihre militärischen und zivilen Krisenbewältigungsinstrumente für einsetzbereit erklärt hat, hat sie im Rahmen ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) schon vier Missionen durchgeführt.

Drei dieser Missionen fanden im Balkan statt und waren in erster Linie Nachfolgeoperationen: In Bosnien löste die EU-Polizeimission die UN-Polizeitruppe (IPTF) ab; in Mazedonien wurden die dort stationierten NATO-Truppen durch ein EU-Kontingent (Concordia) ersetzt; und im Dezember 2003 wurde – wiederum in Mazedonien – Concordia durch die Polizeimission Proxima abgelöst. Die einzige EU-Krisenmanagement-Operation, die ausserhalb Europas stattfand, war die *Operation Artemis*, welche im Sommer 2003 zum Schutz der Bevölkerung in Bunia/Kongo durchgeführt wurde. Diese Intervention verdient hier Aufmerksamkeit, weil es sich dabei um eine autonome Operation handelte, die ohne die Unterstützung der NATO ausgeführt wurde. Auch hat sie zu Hoffnungen Anlass gegeben, dass sich die EU zukünftig vermehrt an UN-geführten Missionen in Afrika beteiligen würde.

Zeitgerechter Einsatz zur Abwendung humanitärer Katastrophen

Nach Unterzeichnung der Friedensabkommen und dem Rückzug ausländischer Truppen im Jahre 2002 fand der Kongo nach mehrjährigem Bürgerkrieg und zahlreichen Militärinterventionen von Nachbarstaaten allmählich wieder zur inneren Stabilität zurück. Mit dem Truppenabzug entstand im Land allerdings ein Machtvakuum, welches schnell durch lokale Milizen gefüllt wurde. Im nordöstlichen Teil des Landes, besonders um die Stadt Bunia, verübten verfeindete Milizen mehrere grausame Massaker an der Zivilbevölkerung, und es bahnte sich eine humanitäre Katastrophe an. Die UNO hatte mit der «Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo» (MONUC) zu dieser Zeit ein kleines Kontingent uruguayischer Soldaten in der Region stationiert. Diese Friedenstruppen waren den

Milizen gegenüber machtlos, und es hätte mindestens zwei Monate gedauert, um diese Truppen zu verstärken. In der Zwischenzeit war ein Völkermord ähnlich wie in Ruanda nicht mehr auszuschliessen. Dies veranlasste Jean-Marie Guehenno, UN-Untergeneralsekretär für Friedenseinsätze, seinen Landsmann Präsident Chirac um Unterstützung durch die EU zu bitten. Nach Chiracs Zusage schaffte der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1484 vom 30. Mai 2003 die völkerrechtliche Grundlage zu einem militärischen Einsatz, und im Einklang damit wurde mit der gemeinsamen Aktion des EU-Rates vom 5. Juni 2003 die EU handlungsfähig. Die Idee einer EU-geführten Operation in Afrika wurde nicht überall mit Begeisterung aufgenommen. Die deutsche Regierung stellte sich ursprünglich sogar gegen die Entsendung von Truppen in den Kongo, und die USA opponierten in Brüssel informell gegen den Einsatz, da er als autonom geführte Operation die NATO und somit auch die USA vom politischen und militärischen Entscheidungsprozess ausschloss.

Die UNO-Resolution sah das Entsenden einer Eingreiftruppe für eine Dauer von drei Monaten bis 1. September 2003 vor. Unter Berufung auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen erhielt die EU-Truppe ein Mandat, welches auch die Anwendung militärischer Gewalt legitimierte. Die Mission war demnach zwar zeitlich und geografisch beschränkt, aber mit einem robusten Mandat ausgestattet. Auftrag der EU-Truppe war es, die Sicherheitssituation in und um Bunia zu stabilisieren, die Massaker an der Bevölkerung der Stadt Bunia zu stoppen und weitere Gewaltexzesse zu verhindern. Dazu sollte die Eingreiftruppe den Flughafen der Stadt Bunia sichern und zwei Flüchtlingslager für die Vertriebenen errichten und schützen.

Ein ungewöhnlicher, aber erfolgreicher Friedenseinsatz

Operation Artemis war aus verschiedenen Gründen ungewöhnlich. Sie hatte primär die Aufgabe einer Brückenfunktion: EU-Truppen übernahmen von der UNO die Verantwortung für eine Region, um diese drei Monate später an eine ver-

stärkte UNO-Mission zurückzugeben. Zweitens, obwohl unter dem Banner der EU durchgeführt, war Artemis *de facto* eine französische Operation. Frankreich spielte als «Rahmennation» eine klar dominierende Rolle und stellte auch das Hauptquartier für die Operation (in Paris) zur Verfügung. Sowohl der Befehlshaber der Operation als auch der Truppenkommandant waren französische Generäle. Allerdings übte die EU durch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSPK) die politische Kontrolle über die Operation aus.

Was hat Operation Artemis erreicht? Es gibt mehrere positive Aspekte auf operativer Ebene.

– Ein beachtlicher Erfolg der Operation war sicherlich die schnelle Entsendung der Truppen nach Bunia trotz komplexen logistischen Problemen und einem schwierigen sicherheitspolitischen Umfeld. Zu Beginn der Operation konnte der Flugplatz von Bunia nicht gebraucht werden, und die Truppen und Korpswaffen mussten deshalb über eine Fliegerbasis in Entebbe disloziert werden. Der Lufttransport wurde mit C-130- und C-160-Transportflugzeugen durchgeführt, die von Kanada, Belgien und Brasilien zur Verfügung gestellt wurden.



Aufklärungspatrouille in Bunia.

Foto: Armées d'aujourd'hui, Nr. 284, Oct. 2003

«AGORA»: Armee schützte WSIS 03 in Genf

Die Schweiz hat als Gastland des UNO-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society – WSIS 03) vom 10. bis 12. Dezember 2003 ihre Verpflichtungen zur Sicherheit internationaler Veranstaltungen und insbesondere völkerrechtlich geschützter Personen erfüllt. Unter der obersten Führung der Genfer Behörden und in enger Zusammenarbeit mit den zivilen Sicherheitskräften schützte die Armee – Heer und Luftwaffe – im subsidiären Sicherungseinsatz eine grosse Konferenz. Dies war 2003 nach dem Weltwirtschaftsforum Davos im Januar und dem G8-Gipfel in Evian im Juni der dritte derartige Einsatz.

Bereits im Januar 2002 wurde unter dem gemeinsamen Vorsitz des Kantons Genf und des Bundes eine Arbeitsgruppe «AGORA» gebildet, um die Sicherheitsmassnahmen am WSIS 03 zu planen und aufeinander abzustimmen. Die von Polizei und Armee geforderten zusätzlichen Mittel wurden beurteilt und ein Budgetbetrag von rund vier Millionen Franken geschätzt. Der Vorsitzende der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) sorgte für die interkantonale Absprache und die Konferenz

der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) für einen Planungsstab Kantone/Bund/Führungsstab Genf und für einen Verbindungsoffizier zur Genfer Kantonspolizei. Das Bundesamt für Polizei (BAP) klärte auf, um rechtzeitig allfällige Bedrohungen des WSIS 03 zu erkennen. Der Sicherheitsausschuss des Bundesrates und die Lenkungsgruppe Sicherheit wurden dauernd über den Vorbereitungsstand orientiert.

Am 28. Juli 2003 ersuchte der Kanton Genf die Landesregierung um Mittel des Bundes sowie um einen interkantonalen Polizeieinsatz (IKAPOL) zum Schutze des WSIS 03. Der Bundesrat beschloss am 29. Oktober 2003, dem Ersuchen des Kantons Genf zu entsprechen und im Voranschlag 2003 des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) 4 Millionen Franken einzustellen. Er entschied am 5. November 2003, die Genfer Behörden vom 7. bis 17. Dezember 2003 mit höchstens 2000 Miliz- und Berufsangehörigen der Armee im Assistenzdienst und voraussichtlich im Rahmen der bewilligten Militärkredite zu unterstützen. Dagegen verzichtete der Sicherheitsausschuss auf Grund der Bedrohungslage auf zusätzliche Massnahmen im schweizerischen Luftraum über dem Flughafen Genf-Cointrin.

Der WSIS 03 ist ohne nennenswerte Beeinträchtigung durchgeführt worden, wozu die täglich rund 1300 im Einsatz stehenden Armeeinghörigen einen unverzichtbaren Teil beigetragen haben. Sie bauten, härteten, transportierten (Land/Luft), schützten, bewachten, überwachten (Land/Luft), fuhren mit rund 700 Fahrzeugen zirka 200 000 Kilometer unfallfrei und betrieben ein vielfältiges Übermittlungsnetz ohne Störungen. Dies alles war – trotz Zeit raubenden politischen Entscheidungsverfahren und komplizierter Kommandoordnung – nur möglich innerhalb eines in der Praxis aufeinander abgestimmten Sicherheitsverbundes von zivilen Kantons- und Bundesstellen, Nachrichtendienst, Grenzschutzkorps, Polizei, Armee einschliesslich Militärischer Sicherheit (bisher: Festungswachtkorps), Bevölkerungsschutz, Sanität und Feuerwehr. Erkenntnis: Eine hervorragende Fallstudie «Innere Sicherheit/Konferenzschutz» für die neu aufzubauende Operative Schulung der Armee.

Oberst Heinrich Wirz
Militärpublizist
3047 Bremgarten

– Die Sicherheitslage in und um Bunia konnte deutlich verbessert werden. Truppenkommandant Brigadegeneral Thonier erklärte die Stadt Bunia zur waffenfreien Zone unter dem Motto «*Bunia, ville sans armes*». Die Milizen wurden mit einem Ultimatum zur Niederlegung der Waffen aufgefordert.

– Eine koordinierte Ablösung von Artemis durch die UNO-Nachfolgemission (MONUC II). Folgende Massnahmen wurden ergriffen, um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen: 1) Während mindestens zwei Wochen vor der Ablösung beteiligten sich die UNO-Truppen an den Patrouillen von Artemis, um die Bevölkerung besser auf die neue Operation vorzubereiten. 2) Das Grunddispositiv von Artemis wurde weitgehend beibehalten, und auch die meisten Kontroll- und Stützpunkte wurden übernommen.

Gemäss Brigadegeneral Thonier war der Erfolg von Artemis vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Klare Einsatzregeln und ein robustes Mandat;
2. Einheitliches Kommando nach der Maxime: «un chef, une mission, des moyens»;
3. Weitgehende Operationsfreiheit; und
4. gut ausgebildete Truppen mit Einsatzerfahrung in Afrika.

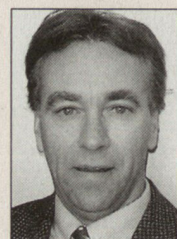
Kein Richtungsmodell für die Zukunft

Trotz diesen operationellen Erfolgen und der Verhinderung einer humanitären

Katastrophe kann die Operation Artemis aus mehreren Gründen nicht als Richtungsmodell für zukünftige EU-Einsätze gelten. Erstens hat die Überbrückungsoperation, obwohl gut vorbereitet und in enger Zusammenarbeit mit den Blauhelmtropfen ausgeführt, aufgrund von unterschiedlichen «Einsatzkulturen» von MONUC und den EU-Truppen zu einem zweigleisigen Krisenmanagement in und um Bunia geführt. So hat z.B. Brigadegeneral Thonier den Führern der Milizen neue «Spielregeln» erlassen. Auch führten die EU-Truppen im Gegensatz zu MONUC «Erkundungsoffensiven» durch und räumten die Kontrollpunkte der Milizen ausserhalb Bunias oft mit Gewalt. Zu solchen Operationen wären die Blauhelme nicht in der Lage gewesen. Zweitens, die Entsendung des EU-Kontingents in eine kriegsversehrte Region Afrikas war mit grossen Risiken behaftet. Bei einer möglichen Verwicklung in grössere Kampfhandlungen mit Milizen hätte die EU-Streitkraft nicht auf NATO-Mittel zurückgreifen können und wäre gewiss zu einem unrühmlichen Rückzug gezwungen worden. Dies hätte die Zukunft von EU-Missionen wie auch die der UNO-Mission im Kongo desavouiert. Drittens, die Operation Artemis ist nur deshalb zur Notwendigkeit geworden, weil die Europäer keinen nennenswerten Beitrag weder zur MONUC noch zu anderen Blauhelmsoperationen leisten. Obwohl die EU 40% des UNO-Haushalts für Friedenseinsätze finanziert, stellen europäische Länder nur gerade 1% des MONUC-Kontingents. Im Hinblick

auf dieses Missverhältnis wäre das Plädoyer angebracht, dass die Europäer ihre Interessen ausserhalb Europas vor allem durch ein Engagement in der UNO wahrnehmen sollten. Für die UNO besteht viel Handlungsbedarf für neue Friedensoperationen in Afrika. Doch Europa ist heute zu stark mit der Stabilisierung des Balkans, Afghanistans und des Iraks beschäftigt. Die EU wird deshalb Operationen in Afrika gewiss finanziell unterstützen oder Ausbildungsprogramme im zivilen Bereich durchführen, wie z.B. in Kinshasa, wo sie die neue kongolesische Polizei ausbildet. Die Entsendung von EU-Truppen für weitere Überbrückungsfunktionen oder europäische Truppenbeiträge zu UNO-Missionen erscheinen dagegen in Zukunft eher unwahrscheinlich.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung eines Referates, das der Autor am Military Advisor Forum in New York gehalten hat.



Fred Tanner, Dr.,
Stv. Direktor und
Chef Fakultät
Genfer Zentrum für
Sicherheitspolitik.